

## Gegen Diskriminierung und Rassismus, gegen Antisemitismus und Islamophobie

### Erklärung des unisono-Gesamtvorstandes

unisono vereint rund 12800 Musikerinnen und Musiker von fünf Kontinenten und aus 77 Nationen. Wir schätzen und schützen die Vielfalt unserer Mitgliedschaft. unisono wendet sich nach innen und außen konsequent gegen jedwede Formen von Diskriminierung und Rassismus, von Antisemitismus und Islamophobie.

Der brutale Überfall vom 7. Oktober 2023 auf unschuldige Menschen in Israel, vor allem auch auf Teilnehmende eines Musikfestivals, hat uns tief erschüttert. Fragen nach der Verhältnismäßigkeit der militärischen Reaktion der israelischen Regierung und der Bewältigung der humanitären Notlagen der Menschen in der Region mögen Anlass zu kontroversen Diskussionen geben. Eine Bewertung bleibt angesichts der deutschen Geschichte und des Holocaust schwierig. Mit großer Sorge beobachten wir jedoch einen neuen Antisemitismus in Deutschland, der darüber hinaus nicht zwischen dem Staat Israel, dem jüdischen Glauben und den unmittelbar betroffenen Menschen unterscheidet. Dies gilt für religiös sowie für politisch motivierten Antisemitismus.

Viele Orchester und Theater in Deutschland haben in ihrer Geschichte die Zeit des Nationalsozialismus mit der Entfernung Menschen jüdischen Glaubens aus ihren Reihen beschrieben und dokumentiert. Diese bedrückenden Erfahrungen machen bis heute und immer wieder neu bewusst, warum die unveräußerlichen, universellen Menschenrechte auch die Verbote rassistischer, geschlechtlicher, religiöser, politischer und sonstiger Diskriminierung umfassen.

Wir empfinden es als alarmierend, dass in Deutschland nach dem 7. Oktober 2023 nur wenige Solidaritätsveranstaltungen stattfanden. Anders als z.B. nach dem Angriff auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 oder nach dem Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine am 24. Februar 2022, herrschte im Herbst 2023 ein „lautes Schweigen“. Verursacht durch eine Verunsicherung, der man mit einer differenzierten Diskussion entgegenzutreten muss. Hierfür wollen wir uns als Verband mit und in unserer Mitgliedschaft einsetzen.

Berlin, 11. März 2024